

Die Grünen: Demokratisierung durch Gesundheitskonferenzen

Zu einem Jubiläum gönnt sich mancher etwas Besonderes. Die Grünen sind da keine Ausnahme: Ihr hessischer Landesverband leistete sich zum zehnjährigen Bestehen eine Studie zum Image der Partei. Unter anderem befand das befragte potentielle Wählervolk nach der Interpretation der Meinungsforscher: Wenn es um neue Ideen und Anstöße geht, liegen die Grünen um Längen vor anderen Parteien. Als prägend fürs Image erweise sich jedoch ihr Mangel an populären und sachkundigen Politikern (und Politikerinnen – darf man hier sicher ergänzen).

Gesundheit: 1 x DIN A4

Dem mögen viele Nicht-Hessen achselzuckend, höhnisch oder stöhnend beipflichten – je nach politischer Couleur. Die Zustimmung könnte sich auch auf die Gesundheitspolitik beziehen. Denn dieses Thema ist nicht unbedingt ein Steckenpferd von Grünen. Im „Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990“ ist ihr gerade eine gute DIN A4-Seite gewidmet – wobei nicht verschwiegen werden soll, daß das Programm auch nur 43 Seiten umfaßt. Darin heißt es unter anderem: „Grüne Gesundheitspolitik bedeutet, Politik von der sozialen und ökologischen Frage aus zu gestalten. Daraus folgt, daß sich grüne Gesundheitspolitik in Arbeits-, Sozial-, Wohn-, Verkehrs-, Energie-, Abfall- und Landwirtschaftspolitik einmischt.“ Für manchen Betrachter wirkt das teilweise so, als ob Vorstellungen und Forderungen zur Gesundheitspolitik lediglich Zufalls- oder Abfallprodukte dieser Politikfelder sind.

Als grüne Eckpfeiler einer Reform des Gesundheitswesens werden im Wahlprogramm genannt:

● Ein Krankenversicherungssystem „ohne individuelle Zuzahlungen . . . und mit gleichen Beitragsät-

zen und Leistungen in allen Kassen“. Die Versicherungspflicht soll auf alle Beschäftigten und Selbständigen ausgedehnt werden, die Beitragsbemessungsgrenze soll entfallen.

● Das Gesundheitswesen soll durch regionale und kommunale Gesundheitskonferenzen „demokratisiert“ werden. In den Konferenzen würden „Kostenträger und Leistungsanbieter . . . Selbsthilfegruppen, BürgerInneninitiativen, VerbraucherInnen- und Umweltverbände“ entscheiden.

● Gefordert werden auch Erhalt und Förderung der Naturheilkunde im Sinne einer Therapievelfalt.

● Mit Hilfe eines „Bundesleistungsgesetzes zur Finanzierung der Pflege aus Steuermitteln“ soll die Situation der Pflegebedürftigen schnell verbessert werden.

● Klare Aussagen zur sogenannten Gentechnologie fehlen. Dieser Bereich wird lediglich kritisch erwähnt: „Es wird verschleiert, daß die Anwendung der Gentechnik unkalkulierbare Risiken mit sich bringt, einschließlich der unkontrollierten Ausbreitung von Krankheiten.“

Konkretisiert hat die Vorstellungen der Grünen vor kurzem Michael Kasten, Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen für Gesundheits- und Sozialpolitik und Mitautor der entsprechenden Passagen im Wahlprogramm. Der Stuttgarter Diplom-Soziologe hatte für eine Informationsveranstaltung der vier Kassenärztlichen Vereinigungen in Rheinland-Pfalz ein Positionspapier vorbereitet, das – wie die aller anderen Politiker – kurzfristig der Diskussion geopfert wurde.

Darin wird im einzelnen kritisiert, daß „den ärztlichen Kenntnissen und Fähigkeiten . . . alle anderen Qualifikationen im Gesundheitswesen untergeordnet“ werden. Von einer fachübergreifenden Zusammenarbeit könne nicht die Rede sein. Daraus leiten sich unter anderem die oben erwähnten Forderungen nach

Gesundheitskonferenzen ab. Weiterer Baustein zu einem grünen Gesundheitswesen wäre nach Kasten eine „Auflockerung der medizinischen Versorgungsstruktur durch Kooperationsformen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung“ – anknüpfend an Vorstellungen des Sachverständigenrates für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen 1989.

Kasten fordert, den Datenschutz im Gesundheitswesen sowie den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu verbessern. Außerdem sollten ein einheitlicher Träger der Rehabilitation geschaffen und der Personalschlüssel im Krankenhaus „aufgabengerecht“ gestaltet werden.

Die finanziellen Mittel für einen Umbau im Sinne der Grünen sollen neben den Einsparungen durch eine Gestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung als Pflichtversicherung für alle und der steuerfinanzierten pflegerischen Versorgung nach Kasten noch aus einer dritten Quelle fließen: der „Umsatzreduzierung in den überversorgten Bereichen des Gesundheitswesens auf Basis von Qualitätsprüfverfahren“. Dazu gehören nach Darstellung des Stuttgarter Grünen „eine weitere drastische Beschränkung des Arzneimittelmarktes, der Abbau von Mehrfachdiagnosen, der Abbau der stationären Psychiatrie zugunsten ambulanter und komplementärer Lösungen“.

150 000 DM reichen

Wie gesagt – zum Vortrag kam das alles nicht. Sonst hätte wohl spätestens Kastens letzte Passage die lebhafteste Diskussion ausgelöst, der das Papier zum Opfer fiel: Darin kritisiert Michael Kasten Form und Umfang ärztlicher Honorierung. Das technische Leistungsniveau sei hoch, Beratungsleistungen kämen aber zu kurz. Ärzte hätten sich dabei zu Spitzenverdienern entwickelt. „Eine Anpassung durch eine pauschale Vergütungsform zum Beispiel auf 150 000 DM brutto jährlich (einschließlich der Zahnärzte) würde den Krankenkassen pro Jahr schätzungsweise sieben bis acht Milliarden DM einsparen helfen.“ th